Landwirtschaftsverordnung

vom 17. September 2002¹

Die Regierung des Kantons St.Gallen

erlässt

in Ausführung des Landwirtschaftsgesetzes vom 7. Mai 2002²

als Verordnung:

I. Allgemeines

1. Zuständigkeit

Aufsicht

Art. 1.

¹ Das Volkswirtschaftsdepartement übt die Aufsicht über den Vollzug der Landwirtschaftsgesetzgebung³ aus.

Vollzug

a) Landwirtschaftsamt

Art. 2

¹ Das Landwirtschaftsamt:

- a) vollzieht die Landwirtschaftsgesetzgebung⁴, soweit die kantonale Gesetzgebung⁵ nichts anderes bestimmt;
- b) sorgt für eine rationelle Abwicklung der gesetzlich vorgeschriebenen Betriebskontrollen und koordiniert die Zusammenarbeit mit anderen Stellen.

b) Landwirtschaftliche Kreditkasse⁶

Art. 3.

¹ Die Landwirtschaftliche Kreditkasse St.Gallen vollzieht die Vorschriften über:

- a) Beiträge an landwirtschaftliche Gebäude⁷;
- b) Kredite für Strukturverbesserungen⁸;
- c) Betriebshilfe⁹.

c) Amt für Lebensmittelkontrolle

Art. 4.

¹ Das Amt für Lebensmittelkontrolle vollzieht die Vorschriften über:

- a) den Schutz von Ursprungsbezeichnungen und geographischen Angaben für landwirtschaftliche Erzeugnisse und verarbeitete landwirtschaftliche Erzeugnisse¹⁰, ausgenommen die Mitwirkung im Eintragungsverfahren;
- b) die biologische Landwirtschaft und die Kennzeichnung biologisch produzierter Erzeugnisse und Lebensmittel¹¹;
- c) die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln¹², ausgenommen die Anwendung der Pflanzenschutzmittel in der Landwirtschaft;
- d) das Inverkehrbringen von Düngern¹³;
- e) die Deklaration für landwirtschaftliche Erzeugnisse aus in der Schweiz verbotener Produktion¹⁴.

2. Staatsbeiträge

Verfügbare Mittel

Art. 5.

¹ Beiträge werden fortlaufend im Rahmen der mit dem Voranschlag gewährten Kredite ausgerichtet.

Anrechenbare Kosten

Art. 6.

¹ Anrechenbar sind die Kosten, die zur Verwirklichung des beitragsbegünstigten Vorhabens notwendig sind.

² Beiträge Dritter an das Vorhaben werden berücksichtigt.

Gesuch

Art. 7.

¹ Wer Staatsbeiträge nachsucht, reicht der zuständigen Stelle ein schriftliches Gesuch mit den erforderlichen Unterlagen ein.

Schlussbericht und Abrechnung

Art. 8.

¹ Beitragsempfängerin und Beitragsempfänger legen der zuständigen Stelle innert sechs Monaten nach Abschluss einer unterstützten Massnahme einen Schlussbericht und eine Abrechnung vor.

² Die zuständige Stelle kann:

- a) bei einfachen Vorhaben auf einen Schlussbericht verzichten;
- b) bei komplexen Vorhaben einen Zwischenbericht verlangen.

Rechtshilfe

Art. 9.

¹ Amtliche Stellen geben dem Landwirtschaftsamt und der Landwirtschaftlichen Kreditkasse St.Gallen über die ihnen bekannten Tatsachen, die für die Festsetzung, Änderung oder Rückerstattung von Beiträgen und Krediten bedeutsam sind, auf Verlangen Auskunft.

3. Landwirtschaftliche Betriebsdaten

Weitergabe

Art. 10.

¹ Das Landwirtschaftsamt gewährt amtlichen Stellen Zugang zu den Betriebsdaten, soweit dies für den Vollzug der Gesetzgebung über die Landwirtschaft¹⁵, den Tierschutz¹⁶, die Raumplanung¹⁷, den Umweltschutz¹⁸, den Gewässerschutz¹⁹, die Tierseuchen²⁰ sowie den Natur- und Heimatschutz²¹ notwendig ist.

4. Staatliche Betriebe und Produktionsstätten²²

Vertretung

Art. 11.

¹ Das Landwirtschaftsamt vertritt die staatlichen Betriebe und Produktionsstätten, soweit sie nach der Landwirtschaftsgesetzgebung zusammen als ein Betrieb gelten²³.

II. Produktion und Absatz

1. Allgemeine Beitragsvoraussetzungen

Grundsatz

Art. 12.

¹ Ein Förderbeitrag wird ausgerichtet, wenn die Gesuchstellerin oder der Gesuchsteller:

- a) den Wohnsitz oder Sitz im Kanton St.Gallen hat;
- b) eine im Rahmen der persönlichen und finanziellen Verhältnisse angemessene Eigenleistung erbringt.

² Für angelaufene und abgeschlossene Massnahmen wird in der Regel kein Beitrag ausgerichtet. Massgebend ist der Zeitpunkt der Einreichung des Beitragsgesuchs.

Beitragshöhe

Art. 13.

¹ Der Förderbeitrag beträgt höchstens 50 Prozent der anrechenbaren Kosten.

2. Innovative Produkte und Dienstleistungen

Beiträge an Versuche und Entwicklungskosten²⁴

a) Voraussetzungen

Art. 14.

¹ Beiträge an Versuche und Entwicklungskosten werden ausgerichtet, wenn das Projekt:

- a) verglichen mit dem allgemeinen Wissensstand neu und nicht nahe liegend ist;
- b) nach der Startphase voraussichtlich selbsttragend sein wird;
- c) wenigstens zwei Drittel der erwarteten Wertschöpfung im Kanton St.Gallen realisiert;
- d) wenigstens zur Hälfte mit landwirtschaftlichen Rohstoffen aus dem Kanton St.Gallen umgesetzt wird.

² Beiträge Dritter werden angerechnet.

b) Anrechenbare Kosten

Art. 15.

¹ Anrechenbar sind höchstens die innerhalb der ersten drei Jahre anfallenden Kosten für Versuche und einzelne Entwicklungsschritte.

² Nicht anrechenbar sind die Kosten der Vermarktung.

c) Beitragshöhe

Art. 16.

¹ Je Projekt kann jährlich höchstens ein Beitrag von 25 000 Franken gewährt werden.

3. Kennzeichnung und Absatzförderung

Beiträge zur Registrierung²⁵

Art. 17.

¹ Mit Beiträgen unterstützt wird die Registrierung von Ursprungsbezeichnungen und geographischen Angaben nach dem Bundesrecht²⁶.

² Anrechenbar sind die Kosten für die Ausarbeitung von Unterlagen, die für die Registrierung notwendig sind²⁷.

Beiträge zur Qualitätssicherung²⁸

Art. 18.

¹ Beiträge zur Förderung von Massnahmen im Bereich der Qualitätssicherung werden im Einzelfall für regionale Produktprogramme ausgerichtet.

² Anrechenbar sind die Kosten für:

- a) den Aufbau einer regionalen Qualitätszertifizierung;
- b) die Durchführung von Kontrollen bei bestehenden Zertifizierungen.

Beiträge zur Absatzförderung²⁹

a) Voraussetzungen

Art. 19.

¹ Regionale Absatzförderungsmassnahmen werden im Einzelfall unabhängig vom Bund unterstützt, wenn das Projekt:

- a) zwei Drittel der erwarteten Wertschöpfung im Kanton St.Gallen realisiert;
- b) zur Hälfte mit landwirtschaftlichen Rohstoffen aus dem Kanton St.Gallen umgesetzt wird.

b) Anrechenbare Kosten

Art. 20.

¹ Anrechenbar sind höchstens die innerhalb der ersten vier Jahre notwendigen Kosten für Marketingmassnahmen, namentlich für:

- a) Marketingkonzepte;
- b) Marktforschung;
- c) Produktegestaltung;
- d) Kommunikation;
- e) Aufbau einer Distribution;
- f) Projektkoordination.

c) Beitragshöhe

Art. 21.

¹ Je Projekt kann jährlich höchstens ein Beitrag von 25 000 Franken gewährt werden.

4. Viehschauen und regionale Viehmärkte

Viehschauen

a) Beitragsvoraussetzungen³⁰

Art. 22.

¹ Viehschauen werden mit Beiträgen unterstützt, wenn sie:

- a) einen Vergleich der züchterischen Qualität ermöglichen;
- b) von anerkannten Zuchtorganisationen³¹ durchgeführt werden;
- c) eine fachlich anerkannte Beurteilung beinhalten.

b) Leistungsvereinbarung

Art. 23.

¹ Das Landwirtschaftsamt legt Durchführung und Bemessung der Beiträge in einer Leistungsvereinbarung fest.

c) Politische Gemeinde³²

Art. 24.

¹ Die politische Gemeinde des Schauortes sorgt für:

- a) einen geeigneten Viehschauplatz;
- b) ausreichende Vorrichtungen;
- c) Hilfspersonal.

² Mehrere politische Gemeinden können einen gemeinsamen Schauort festlegen. Sie beteiligen sich anteilmässig an den Kosten.

Regionale Viehmärkte

a) Beitragsvoraussetzungen

Art. 25.

¹ Mit Beiträgen werden unterstützt:

- a) Kleinviehmärkte für Zucht- und Nutztiere;
- b) Rindviehauktionen;
- c) Infrastruktureinrichtungen von Viehmärkten.

² Die Märkte nach Abs. 1 dieser Bestimmung sind öffentlich und von wenigstens regionaler Bedeutung.

b) Beitragshöhe und anrechenbare Kosten

Art. 26.

¹ Die Höhe der Beiträge für Kleinviehmärkte und Rindviehauktionen bemisst sich nach der Grösse und der wirtschaftlichen Bedeutung der Veranstaltung. Der Beitrag beträgt höchstens 25 Prozent der zur Durchführung notwendigen Aufwendungen.

² Der Beitrag an Infrastruktureinrichtungen beträgt höchstens 25 Prozent der anfallenden Kosten.

5. Umweltschonende Pflanzenschutzmassnahmen

Beitragsvoraussetzungen

Art. 27.³³

¹ Beiträge an umweltschonende Pflanzenschutzmassnahmen werden ausgerichtet, wenn diese:

- a) überbetrieblich zur Anwendung gelangen;
- b) durch die landwirtschaftliche Beratungsstelle begleitet werden;
- c) gegenüber den herkömmlichen Massnahmen zu erheblichen Mehrkosten oder Mindererträgen führen.

² Pflanzenschutzmassnahmen sind umweltschonend, wenn sie zu einer geringeren Beeinträchtigung der natürlichen Kreisläufe als die herkömmlichen Massnahmen führen.

Anrechenbare Kosten

Art. 28.

¹ Anrechenbar sind die gegenüber den herkömmlichen Pflanzenschutzmassnahmen anfallenden Mehrkosten und Mindererträge.

Beitragshöhe in besonderen Fällen

Art. 29.

¹ Beiträge in Höhe von mehr als 50 Prozent der anrechenbaren Kosten können ausgerichtet werden, wenn der Einsatz einer umweltschonenden Massnahme:

- a) ökologisch besonders wertvoll ist;
- b) einen besonderen Erfolg verspricht.

III. Weinbau

1. Allgemeines

Weinlesekontrolle³⁴

Art. 30.

¹ Das Landwirtschaftsamt:

- a) erlässt die zur Durchführung der Weinlesekontrolle notwendigen Weisungen;
- b) ernennt Kontrolleurinnen und Kontrolleure;
- c) veröffentlicht die Daten der Weinlesekontrolle.

Meldepflicht

Art. 31.

¹ Neuanpflanzungen³⁵, die nicht der Weinerzeugung dienen, sind meldepflichtig³⁶.

Produktionsgebiete

Art. 32.³⁷

¹ Die Rebbauzone des Kantons St.Gallen wird in folgende Produktionsgebiete eingeteilt:

- a) *St.Galler Rheintal* mit den politischen Gemeinden Mörschwil, Goldach, Steinach, Berg, Tübach, Untereggen, Eggersriet, Rorschacherberg, Rorschach, Thal, Rheineck, St.Margrethen, Au, Berneck, Balgach, Diepoldsau, Widnau, Rebstein, Marbach, Altstätten, Eichberg, Oberriet, Rüthi, Sennwald, Gams, Grabs, Buchs und Sevelen;
- b) *Sarganserland* mit den politischen Gemeinden Wartau, Sargans, Vilters-Wangs, Bad Ragaz, Pfäfers, Mels, Flums, Walenstadt, Quarten, Weesen und Amden;
- c) *Zürichsee* mit den politischen Gemeinden Schänis, Benken, Kaltbrunn, Rieden, Gommiswald, Ernetschwil, Uznach, Schmerikon, Rapperswil, Jona, Eschenbach, Goldingen und St.Gallenkappel;
- d) *Fürstenland* mit den politischen Gemeinden Wil, Bronschhofen, Zuzwil, Oberbüren, Niederbüren, Niederhelfenschwil, Gossau, Andwil, Waldkirch, Gaiserwald, St.Gallen, Wittenbach, Häggenschwil und Muolen.

² Anstelle der Bezeichnung Sarganserland darf für Wein aus einer an den Walensee angrenzenden politischen Gemeinde die Bezeichnung Sarganserland-Walensee oder Walensee verwendet werden.

³ Die Bezeichnung Zürichsee darf nur in Verbindung mit der Bezeichnung der politischen Gemeinde verwendet werden.

Benennung³⁸ und Mischverhältnisse

Art. 33.³⁹

¹ Wein aus dem einheitlichen Produktionsgebiet kann benannt werden:

- a) nach einer politischen Gemeinde, wenn der Wein zu wenigstens 51 Prozent aus der politischen Gemeinde stammt;
- b) nach einem Ortsteil einer politischen Gemeinde mit einem eigenen Namen, wenn der Ortsteil wenigstens zwei Drittel der Rebfläche der politischen Gemeinde umfasst und der Wein zu wenigstens 51 Prozent

- aus diesem Ortsteil stammt;
c) nach einer Lage, wenn der Wein zu wenigstens 90 Prozent aus der Lage stammt.

² Für das Vermischen von Wein aus verschiedenen Produktionsgebieten ist die eidgenössische Lebensmittelverordnung vom 1. März 1995⁴⁰ massgebend.

2. Kontrollierte Ursprungsbezeichnung

Grundsatz

Art. 34.

¹ Weine der Kategorie 1 aus der Rebbauzone des Kantons St.Gallen tragen eine kontrollierte Ursprungsbezeichnung.

² Die Bezeichnung lautet «Kontrollierte Ursprungsbezeichnung» oder «AOC».

Voraussetzungen

a) Abgrenzung der Produktionszonen⁴¹

Art. 35.

¹ Die Abgrenzung der Produktionszonen und die Bezeichnung der Lagen erfolgen im Rebbaukataster⁴².

b) Rebsorten⁴³

Art. 36.

¹ Weine mit kontrollierter Ursprungsbezeichnung können aus den im Rebsortenverzeichnis des Bundes⁴⁴ aufgeführten Rebsorten hergestellt werden.

c) Anbaumethoden⁴⁵

Art. 37.

¹ Die Bewirtschaftung der Rebbaugrundstücke erfolgt wenigstens nach den Voraussetzungen des ökologischen Leistungsnachweises des Bundes⁴⁶.

d) natürlicher Mindestzuckergehalt und Höchstertag⁴⁷

Art. 38.

¹ Für Weine der Kategorie 1 bestimmt das Volkswirtschaftsdepartement:

- a) den Mindestgehalt an natürlichem Zucker⁴⁸;
- b) den Höchstertag je Flächeneinheit⁴⁹.

e) Methoden der Weinbereitung⁵⁰

Art. 39.

¹ Die Methoden der Weinbereitung entsprechen der guten önologischen Praxis nach den Richtlinien der Forschungsanstalten.

² Besondere Weinbereitungsmethoden für die Gewinnung und Herstellung von bestimmten Weinen mit AOC können deklariert werden.

f) Analyse und sensorische Prüfung⁵¹

Art. 40.

¹ Weine mit kontrollierter Ursprungsbezeichnung unterliegen einer analytischen und sensorischen Prüfung.

² Die analytische Prüfung umfasst mindestens die Kriterien:

- a) Alkoholgehalt;
- b) gesamte schweflige Säure.

³ Die sensorische Prüfung bezieht sich auf die Kriterien:

1. Aussehen;
2. Geruch;
3. Geschmack;
4. Gesamteindruck.

Weisungen

Art. 41.

¹ Das Landwirtschaftsamt erlässt die zur Durchführung der AOC-Kontrollen notwendigen Weisungen.

Qualitätsbezeichnung «Grand Cru»

Art. 42.

¹ Weine mit der Qualitätsbezeichnung «Grand Cru» erfüllen strengere Anforderungen als Weine mit kontrollierter Ursprungsbezeichnung.

² Die Regierung kann Richtlinien der Weinbranche über die Verwendung der Bezeichnung «Grand Cru» durch besonderen rechtsetzenden Beschluss allgemeinverbindlich erklären.

IV. Strukturverbesserungen und soziale Begleitmassnahmen

1. Landwirtschaftliche Kreditkasse

Aufsicht⁵²

Art. 43.

¹ Die Landwirtschaftliche Kreditkasse St.Gallen unterliegt im Bereich der übertragenen hoheitlichen Aufgaben der Aufsicht des Staates.

² Statuten der Landwirtschaftlichen Kreditkasse St.Gallen und Wahl der Geschäftsführerin oder des Geschäftsführers bedürfen der Genehmigung der Regierung.

Haftung und Verantwortlichkeit⁵³

Art. 44.

¹ Die Haftung der Landwirtschaftlichen Kreditkasse St.Gallen und die Verantwortlichkeit ihrer Organe und Angestellten richten sich im Bereich der übertragenen hoheitlichen Aufgaben nach dem Verantwortlichkeitsgesetz vom 7. Dezember 1959⁵⁴.

2. Ausserordentliche Strukturverbesserungsbeiträge

Überbrückungsmassnahmen⁵⁵

Art. 45.

¹ Besteht keine Nachfolgeregelung, können ausserordentliche Beiträge an Strukturverbesserungen im Tier- und Gewässerschutz⁵⁶ gewährt werden, wenn:

- a) eine Massnahme zur Erfüllung des ökologischen Leistungsnachweises notwendig ist;
- b) die Bewirtschafterin oder der Bewirtschafter wenigstens 45 und höchstens 60 Jahre alt ist;
- c) die Existenz nur durch die Weiterführung der landwirtschaftlichen Tätigkeit gesichert werden kann;
- d) die Voraussetzungen für ordentliche einzelbetriebliche Strukturverbesserungsmassnahmen nach dem Bundesrecht⁵⁷ mit Ausnahme der längerfristigen Existenzsicherung⁵⁸ erfüllt sind.

V. Landwirtschaftliche Pacht

Sömmerungsweiden

a) Pachtzinszuschlag⁵⁹

Art. 46.

¹ Zum Pachtzins für Sömmerungsweiden nach Art. 11 der eidgenössischen Pachtzinsverordnung vom 11. Februar 1987⁶⁰ kann ein Zuschlag vereinbart werden, wenn die Alpeigentümerin oder der Alpeigentümer:

- a) die Kosten der Infrastruktur trägt;
- b) die notwendigen Alpverbesserungen vornimmt.

b) Zuschlagshöhe

Art. 47.

¹ Der Pachtzinszuschlag beträgt höchstens:

- a) 30 Franken je Normalstoss für Schafe;
- b) 75 Franken je Grossvieheinheit für Milchkühe;
- c) 65 Franken je Normalstoss für die übrigen Tiere.

² Er beträgt höchstens die Hälfte der Ansätze nach Abs. 1 dieser Bestimmung, wenn der Pachtgegenstand nur den Boden oder nur die Gebäude umfasst.

VI. Entschädigung für staatliche Dienstleistungen im privaten Interesse⁶¹

Bemessung⁶²

Art. 48.

¹ Die Höhe der Entschädigung für Beratung und andere staatliche Dienstleistungen, die im privaten Interesse liegen, richtet sich nach dem Sach- und Zeitaufwand.

² Der Ansatz für die Entschädigung des Zeitaufwandes entspricht dem durchschnittlichen Besoldungsaufwand zuzüglich einem Gemeinkostenzuschlag von einem Drittel.

Ausnahmen von der Entschädigungspflicht⁶³

Art. 49.

¹ Auf eine Entschädigung kann ganz oder teilweise verzichtet werden, wenn besondere Umstände es rechtfertigen.

² Besondere Umstände liegen namentlich vor:

- a) wenn sich die Leistungsempfängerin oder der Leistungsempfänger in einer Notlage befindet;
- b) wenn die Bezahlung der Entschädigung für die Leistungsempfängerin oder den Leistungsempfänger eine grosse Härte bedeuten würde.

VII. Schlussbestimmungen

Änderung bisherigen Rechts

a) Ermächtigungsverordnung

Art. 50.

Die Ermächtigungsverordnung vom 5. Mai 1997⁶⁴ wird wie folgt geändert:

Im Anhang 2 wird im Abschnitt «Departement, in dessen Namen nach Art. 27 StVG gehandelt wird» die Zeile 9 aufgehoben.

Im Anhang 2 werden im Abschnitt «Dienststelle, für die nach Art. 27 StVG gehandelt wird» die Zeilen 15 bis 19 wie folgt geändert:

Dienststelle, für die nach Art. 27 StVG gehandelt wird	Angelegenheit nach Art. 27 StVG Umschreibung	gesetzliche Grundlage	ermächtigte Beamte und Angestellte
Landwirtschaftsamt	Vollzug der Direktzahlungsverordnung _ Vollzug der Ackerbaubeitragsverordnung _ Vollzug der Sommerungsbeitragsverordnung	Art. 2 der Landwirtschaftsverordnung	Leiter der Abteilung Vollzug
Landwirtschaftsamt	Bewilligung von Ausnahmen vom Zerstückelungsverbot	Art. 60 Abs. 1 Bst. 1 und d des Bundesgesetzes über das bäuerliche Bodenrecht i. V. m. Art. 2 der Landwirtschaftsverordnung	Sachbearbeiter des Bereiches bäuerliches Bodenrecht
Landwirtschaftsamt	Bewilligung zum Erwerb von landwirtschaftlichen Gewerben und Grundstücken: - Erteilen der Bewilligung an Selbstbewirtschafter - Besonderheit: Erteilen von Ausnahmebewilligungen	Art. 61 ff. des Bundesgesetzes über das bäuerliche Bodenrecht i. V. m. Art. 2 der Landwirtschaftsverordnung	- Sachbearbeiter des Bereiches bäuerliches Bodenrecht - Amtsleiter
Landwirtschaftsamt	Bewilligung des Pachtzinses für landwirtschaftliche Gewerbe	Art. 42 ff. des Bundesgesetzes über die landwirtschaftliche Pacht i. V. m. Art. 2 der Landwirtschaftsverordnung	Sachbearbeiter des Bereiches landwirtschaftliche Pacht
Landwirtschaftsamt	Grundbuchanmerkungen bei Strukturverbesserungen: - Bodenverbesserungen - Landwirtschaftliche Gebäude	Art. 104 des eidg Landwirtschaftsgesetzes und Art. 42 der eidgenössischen Strukturverbesserungsverordnung	- Leiter der Abteilung Melioration - Landwirtschaftliche Kreditkasse

Im Anhang 2 werden im Abschnitt «Dienststelle, für die nach Art. 27 StVG gehandelt wird» am Ende folgende zwei Zeilen eingefügt:

Dienststelle, für die nach Art. 27 StVG gehandelt wird	Angelegenheit nach Art. 27 StVG Umschreibung	gesetzliche Grundlage	ermächtigte Beamte und Angestellte
Landwirtschaftsamt	Vollzug des Pflanzenschutzes Besonderheit: Anordnung von Bekämpfungsmassnahmen gegen andere Schadorganismen	Eidgenössische und kantonale Gesetzgebung über den Pflanzenschutz Art. 34 der eidgenössischen Pflanzenschutzverordnung	Leiter der Fachstelle für Pflanzenschutz Amtsleiter
Landwirtschaftsamt	Vollzug der Vorschriften über den Weinbau Besonderheit: Weisungen betreffend Weinlesekontrolle und kontrollierte Ursprungsbezeichnung	Eidgenössische und kantonale Gesetzgebung über den Weinbau Art. 30 Bst. a und Art. 41 der Landwirtschaftsverordnung	Leiter der Fachstelle für Weinbau Amtsleiter

**b) V über die landwirtschaftliche Berufsbildung
Art. 51.**

Die Verordnung über die landwirtschaftliche Berufsbildung vom 4. April 2000⁶⁵ wird wie folgt geändert:

Art. 13 und die Überschrift nach Art. 12 werden aufgehoben.

**c) VV zum Meliorationsgesetz
Art. 52.**

Die Vollzugsverordnung zum Meliorationsgesetz vom 6. September 1977⁶⁶ wird wie folgt geändert:

Art. 2bis, die Überschrift nach Art. 44quinquies und Art. 45 bis 58ter werden aufgehoben.

**Aufhebung bisherigen Rechts
Art. 53.**

¹ Aufgehoben werden:

- die Verordnung zur Bundesgesetzgebung über wirtschaftliche Massnahmen zugunsten der Landwirtschaft vom 19. April 1983⁶⁷;
- die Vollzugsverordnung zu den Vorschriften über Investitionskredite und Betriebshilfe in der

- Landwirtschaft vom 15. Januar 1963⁶⁸;
- c) die Verordnung zum Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über das bäuerliche Bodenrecht vom 1. März 1994⁶⁹;
- d) die Vollzugsverordnung zum Bundesgesetz über die landwirtschaftliche Pacht vom 1. Juli 1986⁷⁰;
- e) die Weinbauverordnung vom 15. Dezember 1958⁷¹;
- f) der Beschluss über das Rebsortenverzeichnis vom 9. Juli 1992⁷².

Vollzugsbeginn

Art. 54.

¹ Diese Verordnung wird ab 1. Oktober 2002 angewendet.

Der Präsident der Regierung:

lic. iur. Peter Schönenberger, Landammann

Der Staatssekretär:

lic. iur. Martin Gehrer

---

1 Im Amtsblatt veröffentlicht am 30. September 2002, ABl 2002, 2027; in Vollzug ab 1. Oktober 2002. Geändert durch Nachtrag vom 1. Februar 2005, nGS 40-26.

2 sGS [610.1](#).

3 BG über das bäuerliche Bodenrecht vom 4. Oktober 1991, SR 211.412.11; BG über die landwirtschaftliche Pacht vom 4. Oktober 1985, SR 221.213.2; SR 91 und sGS [610.1](#).

4 BG über das bäuerliche Bodenrecht vom 4. Oktober 1991, SR 211.412.11; BG über die landwirtschaftliche Pacht vom 4. Oktober 1985, SR 221.213.2; SR 91 und sGS [610.1](#).

5 Art. [24 LaG](#), sGS [610.1](#); V über die landwirtschaftliche Berufsbildung, sGS [611.21](#); VV zum [MelG](#), sGS [633.11](#); [VTG](#), sGS [643.12](#).

6 Art. [24](#) Abs. 2 [LaG](#), sGS [610.1](#).

7 Art. 96 des BG über die Landwirtschaft vom 29. April 1998, SR 910.1.

8 Art. 87 ff. des BG über die Landwirtschaft vom 29. April 1998, SR 910.1; eidgV über die Strukturverbesserungen in der Landwirtschaft (Strukturverbesserungsverordnung), SR 913.1.

9 Art. 78 ff. des BG über die Landwirtschaft vom 29. April 1998, SR 910.1; eidgV über die Betriebshilfe als soziale Begleitmassnahme in der Landwirtschaft (Betriebshilfeverordnung), SR 914.11.

10 eidgV über den Schutz von Ursprungsbezeichnungen und geographischen Angaben für landwirtschaftliche Erzeugnisse und verarbeitete landwirtschaftliche Erzeugnisse (GUB/ GGA-Verordnung) vom 28. Mai 1997, SR 910.12.

11 eidgV über die biologische Landwirtschaft und die Kennzeichnung biologisch produzierter Erzeugnisse und Lebensmittel (Bio-Verordnung) vom 22. September 1997, SR 910.18.

12 eidgV über die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln (Pflanzenschutzmittel-Verordnung) vom 23. Juni 1999, SR 916.161.

13 eidgV über das Inverkehrbringen von Düngern (Dünger-Verordnung) vom 10. Januar 2001, SR 916.171.

14 eidgV über die Deklaration für landwirtschaftliche Erzeugnisse aus in der Schweiz verbotener Produktion (Landwirtschaftliche Deklarationsverordnung) vom 3. November 1999, SR 916.51.

15 SR 91; BG über das bäuerliche Bodenrecht vom 4. Oktober 1991, SR 211.412.11; BG über die landwirtschaftliche Pacht vom 4. Oktober 1985, SR 221.213.2 und SR 91.

16 SR 455.

17 SR 700.

18 SR 814.01.

19 SR 814.20.

20 SR 916.4.

21 SR 451.

22 Art. 6 der eidgV über landwirtschaftliche Begriffe und die Anerkennung von Betriebsformen (Landwirtschaftliche Begriffsverordnung) vom 7. Dezember 1998, SR 910.91.

23 Gegenüber der Administrationsstelle für die Milchkontingentierung nach Art. 2 der eidgV über die Kontingentierung der Milchproduktion (Milchkontingentierungsverordnung) vom 7. Dezember 1998, SR 916.350.1.

24 Art. [2](#) Abs. 2 Bst. a [LaG](#), sGS [610.1](#).

25 Art. [3](#) Abs. 1 Bst. a und Art. 3 Abs. 2 [LaG](#), sGS [610.1](#).

26 eidgV über den Schutz von Ursprungsbezeichnungen und geographischen Angaben für landwirtschaftliche Erzeugnisse und verarbeitete landwirtschaftliche Erzeugnisse vom 28. Mai 1997, SR 910.12.

27 Art. 5 ff. der eidgV über den Schutz von Ursprungsbezeichnungen und geographischen Angaben für landwirtschaftliche Erzeugnisse und verarbeitete landwirtschaftliche Erzeugnisse vom 28. Mai 1997, SR 910.12.

28 Art. [3](#) Abs. 1 Bst. b und Art. 3 Abs. 2 [LaG](#), sGS [610.1](#).

29 Art. [3](#) Abs. 1 Bst. c und Art. 3 Abs. 2 [LaG](#), sGS [610.1](#).

30 Art. [5](#) Abs. 2 Ziff. 2 [LaG](#), sGS [610.1](#).

31 Art. 2 ff. der eidgV über die Tierzucht vom 7. Dezember 1998, SR 916.310.

32 Art. [23](#) Abs. 1 Bst. b [LaG](#), sGS [610.1](#).

- 33 Art. [7](#) Abs. 1 [LaG](#), sGS [610.1](#).
- 34 Art. 8 der eidg Weinverordnung vom 7. Dezember 1998, SR 916.140.
- 35 Art. 2 Abs. 1 der eidg Weinverordnung vom 7. Dezember 1998, SR 916.140.
- 36 Art. 2 Abs. 3 der eidg Weinverordnung vom 7. Dezember 1998, SR 916.140.
- 37 Fassung gemäss Nachtrag.
- 38 Art. [2](#) Abs. 2 Bst. a [LaG](#), sGS [610.1](#).
- 39 Fassung gemäss Nachtrag.
- 40 SR 817.02.
- 41 Art. 11 Abs. 1 Bst. a der eidg Weinverordnung vom 7. Dezember 1998, SR 916.140.
- 42 Art. 4 der eidg Weinverordnung vom 7. Dezember 1998, SR 916.140.
- 43 Art. 11 Abs. 1 Bst. b der eidg Weinverordnung vom 7. Dezember 1998, SR 916.140.
- 44 SR 916.143.5.
- 45 Art. 11 Abs. 1 Bst. c der eidg Weinverordnung vom 7. Dezember 1998, SR 916.140.
- 46 Art. 70 Abs. 2 des BG über die Landwirtschaft vom 29. April 1998, SR 910.1.
- 47 Art. [8](#) Abs. 2 Bst. b und c [LaG](#), sGS [610.1](#).
- 48 Art. 11 Abs. 1 Bst. d der eidg Weinverordnung vom 7. Dezember 1998, SR 916.140.
- 49 Art. 11 Abs. 1 Bst. e der eidg Weinverordnung vom 7. Dezember 1998, SR 916.140.
- 50 Art. 11 Abs. 1 Bst. f der eidg Weinverordnung vom 7. Dezember 1998, SR 916.140.
- 51 Art. 11 Abs. 1 Bst. g der eidg Weinverordnung vom 7. Dezember 1998, SR 916.140.
- 52 Art. [31](#) Bst. c [LaG](#), sGS [610.1](#).
- 53 Art. [31](#) Bst. c [LaG](#), sGS [610.1](#).
- 54 sGS [161.1](#).
- 55 Art. [13](#) [LaG](#), sGS [610.1](#).
- 56 SR 455 und SR 814.2.
- 57 Art. 89 des BG über die Landwirtschaft vom 29. April 1998, SR 910.1; eidg Strukturverbesserungsverordnung vom 7. Dezember 1998, SR 913.1.
- 58 Art. 89 Abs. 1 Bst. a des BG über die Landwirtschaft vom 29. April 1998, SR 910.1.
- 59 Art. [22](#) [LaG](#), sGS [610.1](#).
- 60 SR 221.213.221.
- 61 Art. [28](#) [LaG](#), sGS [610.1](#).
- 62 Art. [31](#) Bst. d [LaG](#), sGS [610.1](#).
- 63 Art. [31](#) Bst. d [LaG](#), sGS [610.1](#).
- 64 sGS [141.41](#).
- 65 sGS [611.21](#).
- 66 sGS [633.11](#).
- 67 sGS 611.73.
- 68 sGS 611.78.
- 69 sGS 613.11.
- 70 sGS 613.21.
- 71 sGS 631.31.
- 72 sGS 631.311.